



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Das Meinungsbild der Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Dezember 2021

Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Oberösterreich	5
Ergebnisse	6
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	6
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	7
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Oberösterreich	8
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	8
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	9
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	16
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	17
Pressespiegel	19
Bilder der EU-Zukunftstour in Oberösterreich	20
Resümee	21

Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.¹ Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentenwahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

¹ Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** (www.market.at) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Umfrage Oberösterreich

Die **Umfrage** im Bundesland Oberösterreich wurde vom **1. bis 3. September 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.² Im Lauf der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führen wird, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von 5. bis 7. September 2021 mit der Bahn und dem Fahrrad durch Oberösterreich unterwegs, um das Gespräch über Europa zu suchen.³

Im Zuge der Oberösterreich-Tour fand am 7. September ein **Treffen mit Landeshauptmann Thomas Stelzer und Europa-Landesrat Markus Aichtinger** in Linz statt.



© Land OÖ/Max Mayrhofer

² Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

³ Siehe: EU-Zukunftsdebatte: Für zwei Drittel der Oberösterreicher ist Klimaschutz ein Top-Thema (APA-OTS, 7. September 2021) <https://bit.ly/2VIWbff>

Ergebnisse

Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

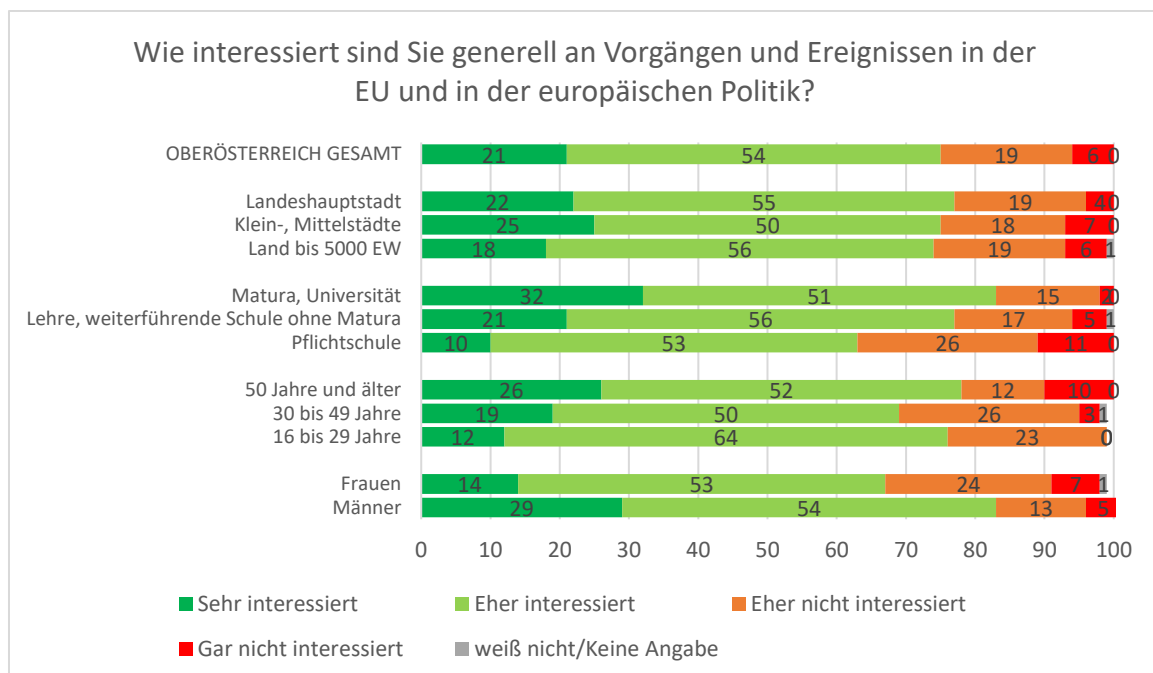
Drei Viertel der befragten Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zeigen sich in der – vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten - Umfrage der ÖGfE und der Europäischen Kommission „sehr“ (21 Prozent) bzw. „eher“ (54 Prozent) **an Vorgängen und Ereignissen in der europäischen Politik interessiert**. Ein Viertel zeigt „eher kein“ (19 Prozent) oder „gar kein“ (6 Prozent) Interesse.

Männer zeigen sich am europapolitischen Geschehen zu 83 Prozent interessiert – 29 Prozent davon haben sogar „sehr großes“ Interesse. Dagegen geben nur etwa zwei Drittel der Frauen Interesse an, 14 Prozent davon „sehr großes“.

Das Interesse an europäischen Entwicklungen nimmt mit höherem schulischen Ausbildungsgrad zu: Während mehr als acht von zehn Befragten mit Matura/Universitätsabschluss Interesse zeigen (davon etwa ein Drittel „sehr großes“), sind es unter Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura etwas mehr als drei Viertel, bei OberösterreicherInnen mit Pflichtschulabschluss weniger als zwei Drittel, wobei nur ein Zehntel „sehr großes“ Interesse bekundet.

Die Altersgruppe 50+ ist zu 78 Prozent an der europäischen Politik interessiert (davon 26 Prozent „sehr“), nur knapp geringer ist das Interesse bei den 16 bis 29-Jährigen, wobei in dieser Gruppe jedoch nur knapp über ein Zehntel großes Interesse angibt. Etwas weniger ausgeprägt ist das Europa-Interesse hingegen in der mittleren Altersgruppe zwischen 30 und 49 Jahren.

Der Wohnort hat keinen besonderen Einfluss auf das Europa-Interesse der Befragten.



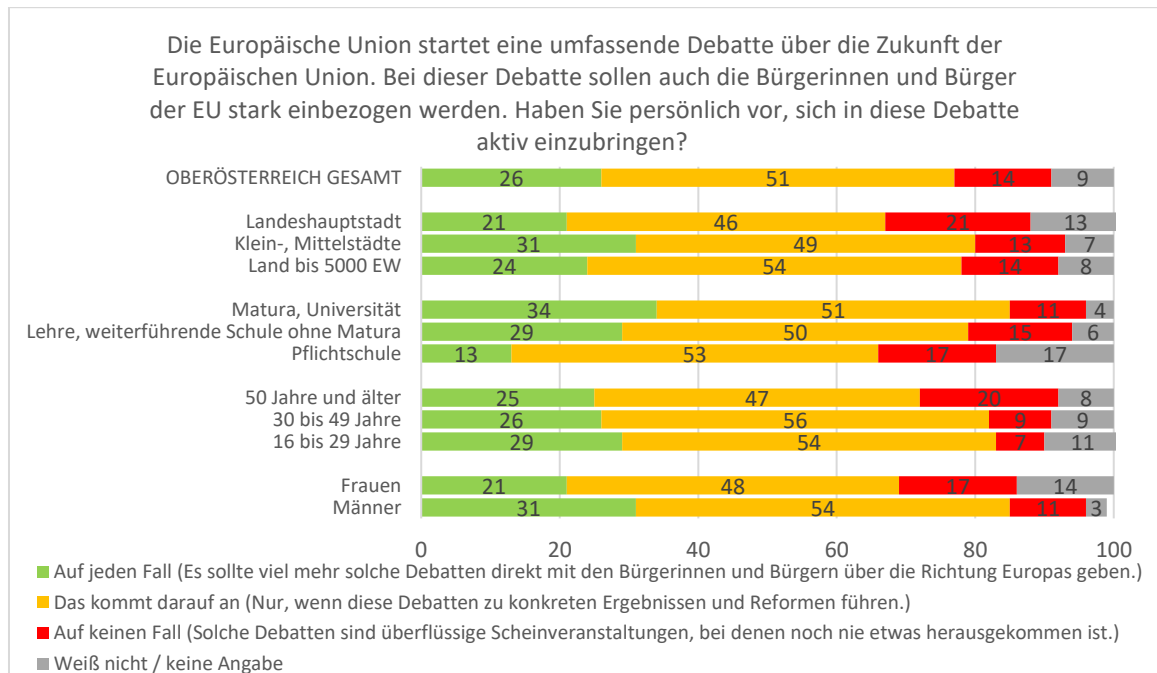
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Etwa ein Viertel der oberösterreichischen Befragten (26 Prozent) gibt an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmt der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Richtung Europas geben sollte“. 51 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. 14 Prozent sind hingegen skeptisch. Ein weiteres Zehntel kann zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

Die Bereitschaft, sich „auf jeden Fall“ an der EU-Zukunftsdebatte zu beteiligen, nimmt mit steigendem schulischen Ausbildungsgrad zu und ist bei Personen mit Matura/Universitätsabschluss mit 34 Prozent über alle Befragungsgruppen hinweg am höchsten. Dagegen äußern sich nur 13 Prozent der PflichtschulabsolventInnen in diesem Sinne – der niedrigste Wert im gesamten Umfragesample.

31 Prozent der Männer und der BewohnerInnen kleiner und mittelgroßer Städte haben die feste Absicht, sich in der Zukunftsdebatte einzubringen, bei den 16 bis 29-Jährigen sowie Befragten mit Lehrabschluss sind es 29 Prozent.

Befragte in der Landeshauptstadt Linz und Ältere ab 50 Jahre sind zu einem Fünftel skeptisch und schließen eine Teilnahme an der Debatte über die EU-Zukunft aus.

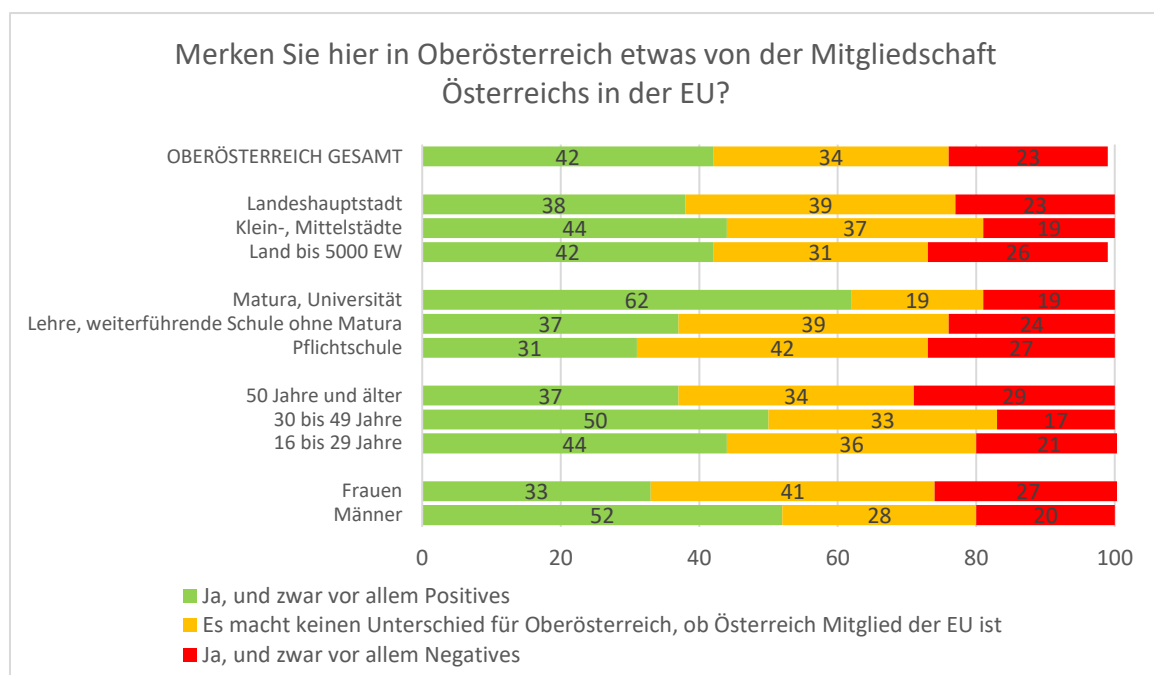


Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Oberösterreich

Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Oberösterreich** geht, so sind vier von zehn Befragten (42 Prozent) überzeugt, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives für ihr Bundesland bemerken, 23 Prozent sehen jedoch das Negative überwiegen. Etwa ein Drittel (34 Prozent) ist der Ansicht, „es macht keinen Unterschied für Oberösterreich, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

62 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss sind der Meinung, dass Oberösterreich durch die Mitgliedschaft in der EU profitiert, in den anderen Ausbildungsgruppen ist die Zahl jener, die dem zustimmen, fast um die Hälfte geringer. Während mehr als die Hälfte der Männer (52 Prozent) durch die Mitgliedschaft vor allem Positives für ihr Bundesland bemerken, teilt nur ein Drittel der Frauen diese Ansicht.

Auch in der Gruppe der 30 bis 49-Jährigen sieht die Hälfte eher mehr Vorteile, bei den Älteren ab 50 sind dem hingegen nur mehr 37 Prozent. Letztere sind auch jene Gruppe, die am häufigsten – zu 29 Prozent – explizit Negatives mit der Mitgliedschaft assoziiert. Aber auch Frauen und Befragte mit Pflichtschulabschluss (je 27 Prozent) sowie OberösterreicherInnen, die in ländlichen Gemeinden leben (26 Prozent), sind vergleichsweise skeptisch.

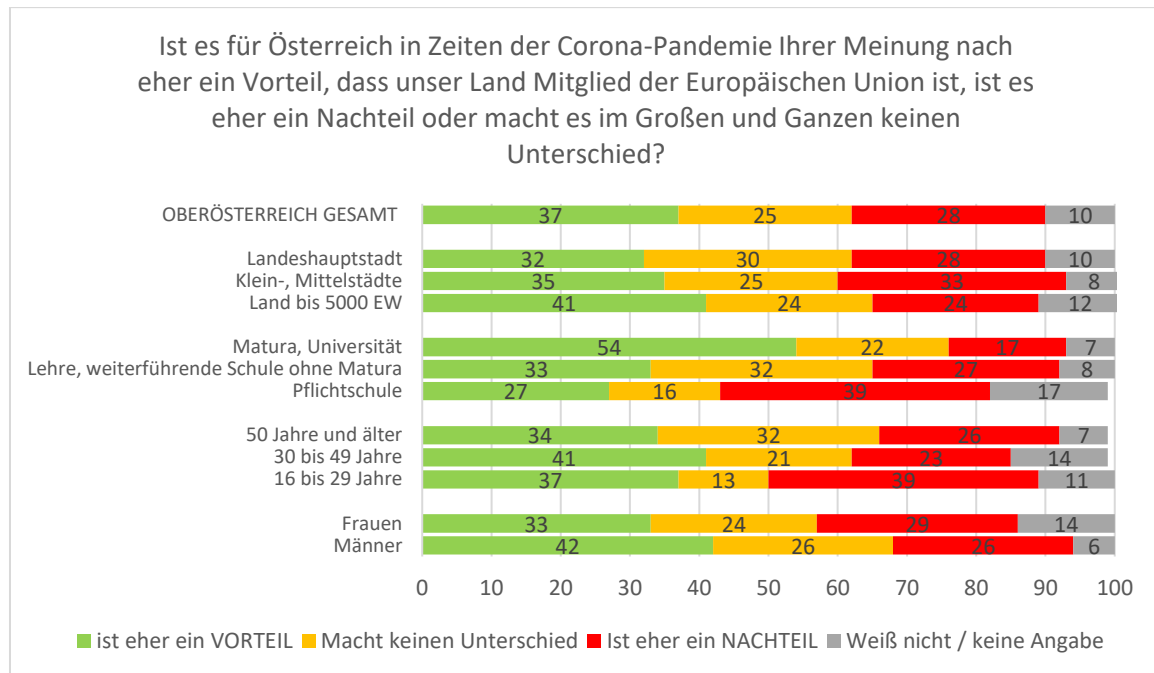


EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

37 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 28 Prozent ist es eher ein Nachteil, für 25 Prozent „macht es keinen Unterschied“. Ein Zehntel kann zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

Dass die EU-Mitgliedschaft ein Vorteil ist, wird mit Abstand am stärksten bei Personen mit Matura oder Universitätsabschluss angegeben (54 Prozent). Vergleichsweise häufig sind auch Männer (42 Prozent) sowie 30 bis 49-Jährige und BewohnerInnen von Landgemeinden dieser Ansicht (je 41 Prozent).

Dagegen sind knapp vier von zehn Befragten zwischen 16 und 29 Jahre sowie in der Gruppe der PflichtschulabsolventInnen (39 Prozent) der Überzeugung, dass die EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona einen Nachteil darstellt.



Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

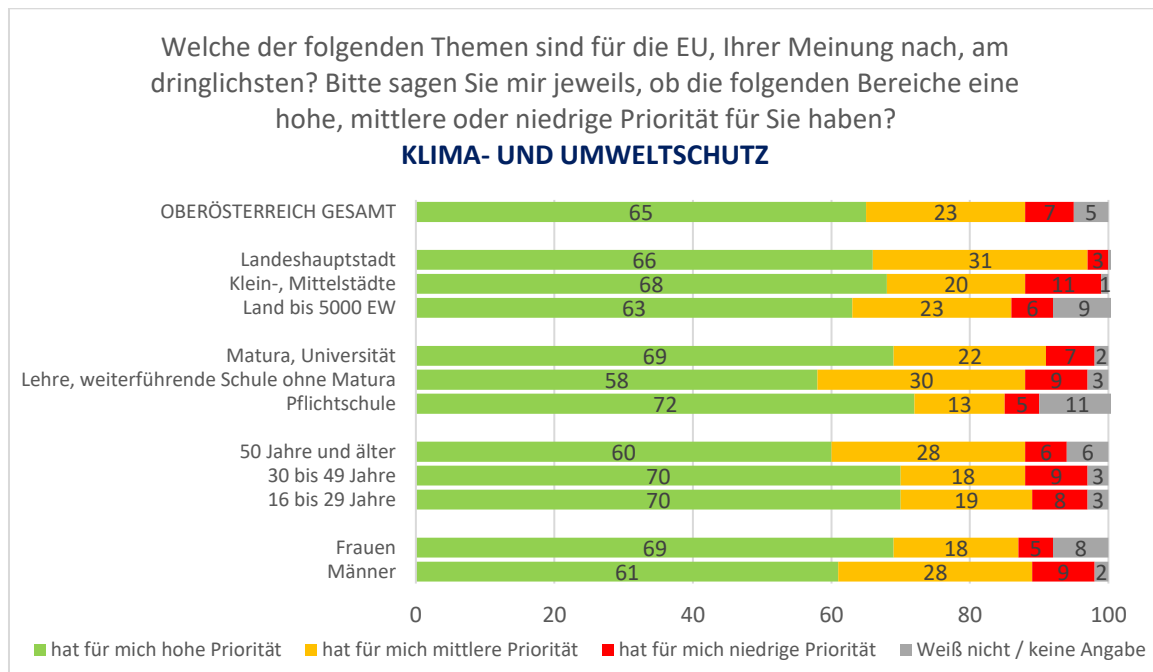
Welchen **Themen** sollte sich die EU nun, nach Meinung der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, verstärkt annehmen? Fast zwei Drittel (65 Prozent) nennen hier den **Klima- und Umweltschutz**, knapp sechs von zehn (59 Prozent) ist die **Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich** sowie die **Eindämmung der Corona-Pandemie** ein besonderes Anliegen – dicht gefolgt von einer einheitlichen **EU-Asyl- und Migrationspolitik**. Als weniger brisant wird hingegen die **Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene** angesehen. **Mehr Gewicht für die Regionen** sowie für das **außenpolitische Standing der EU** wird ebenso seltener genannt.

Klima- und Umweltschutz

Etwa zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) geben in der Umfrage an, dass der Klima- und Umweltschutz für die Europäische Union „hohe“ Priorität haben sollte. Für 23 Prozent hat das Thema „mittlere“ Priorität, 7 Prozent „niedrige“.

Das Meinungsbild gestaltet sich in dieser Frage recht einheitlich. Jüngeren Befragten ist es etwas wichtiger als älteren, Frauen etwas wichtiger als Männern.

Die einzige Befragungsgruppe, die etwas vom allgemeinen Meinungsbild abweicht, ist jene der Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura, die „nur“ zu 58 Prozent sagen, dass das Thema für sie „hohe“ Priorität hat.



Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

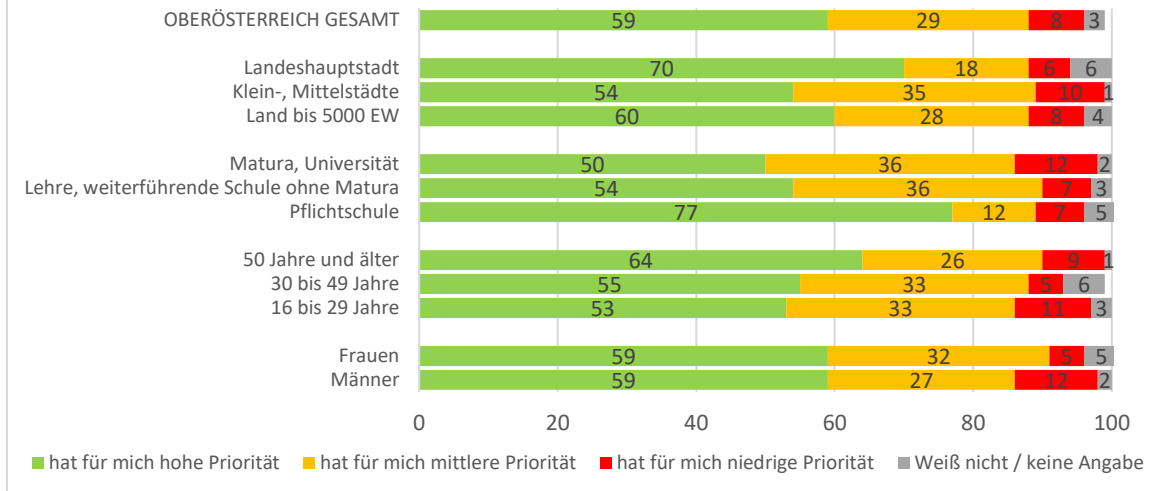
Für 59 Prozent der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher hat es „hohe Priorität“, dass sich die EU darum kümmert, die „**Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern**“. Für 29 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 8 Prozent „niedrige“. 3 Prozent antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe.

Dieses Thema liegt besonders Befragten mit Pflichtschulabschluss am Herzen – für 77 Prozent hat es „hohe“ Priorität, während sich die Hälfte der Personen mit Matura/Universitätsausbildung dieser Ansicht anschließt.

Auch in der Landeshauptstadt Linz wünschen sich sieben von zehn Befragten, dass die EU diesen Bereich ganz oben auf ihrer Prioritätenliste platziert. In kleinen und mittelgroßen Städten sind 54 Prozent dieser Meinung, am Land sind es 60 Prozent.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN



Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

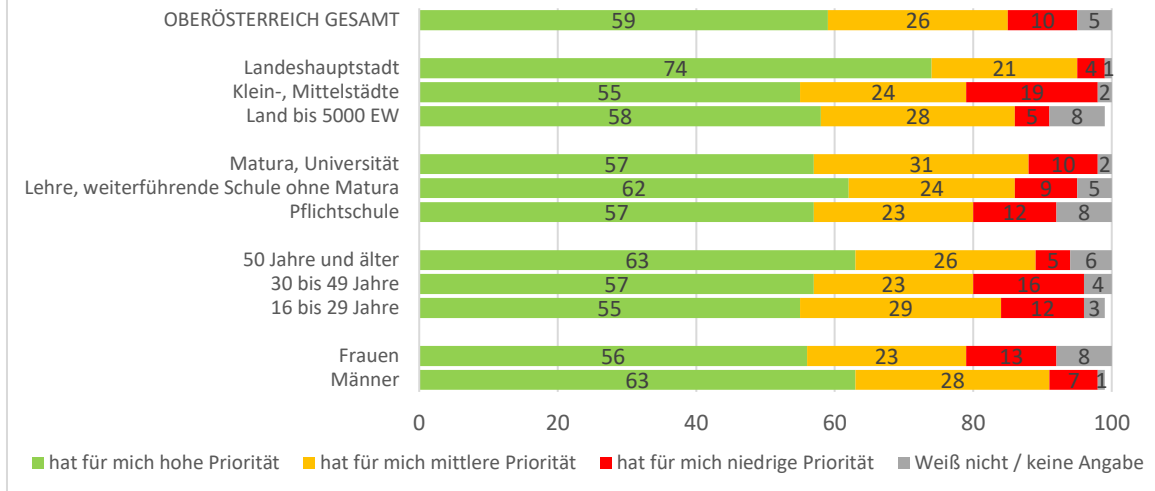
Fast sechs von zehn Befragten (59 Prozent) ist es wichtig, dass sich die „**Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ auf der Prioritätenskala der EU ganz oben wiederfindet. Für 26 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 10 Prozent „niedrige“. 5 Prozent äußern sich nicht dazu.

Diesem Bereich wird im Besonderen von Linzerinnen und Linzern große Dringlichkeit zugemessen: 74 Prozent möchten, dass sich die EU hier rasch (weitere) Maßnahmen setzt. In kleineren Städten und am Land sprechen sich dafür nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten aus.

Die Zahl jener, die die Bekämpfung der Pandemie eher nicht auf der To-Do-Liste der EU sehen, ist generell recht gering. Am häufigsten trifft dies noch auf die Gruppe der 30 bis 49-Jährigen zu, die zu 16 Prozent angeben, dass sie das Thema als nicht vordringlich erachten.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN



Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

Für 55 Prozent der OberösterreicherInnen steht „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ auf der Prioritätenskala der Europäischen Union ganz oben, für 28 Prozent hat sie „mittlere Priorität“. Nur 13 Prozent ist dieser Themenbereich weniger wichtig („niedrige Priorität“). 4 Prozent nehmen nicht Stellung.

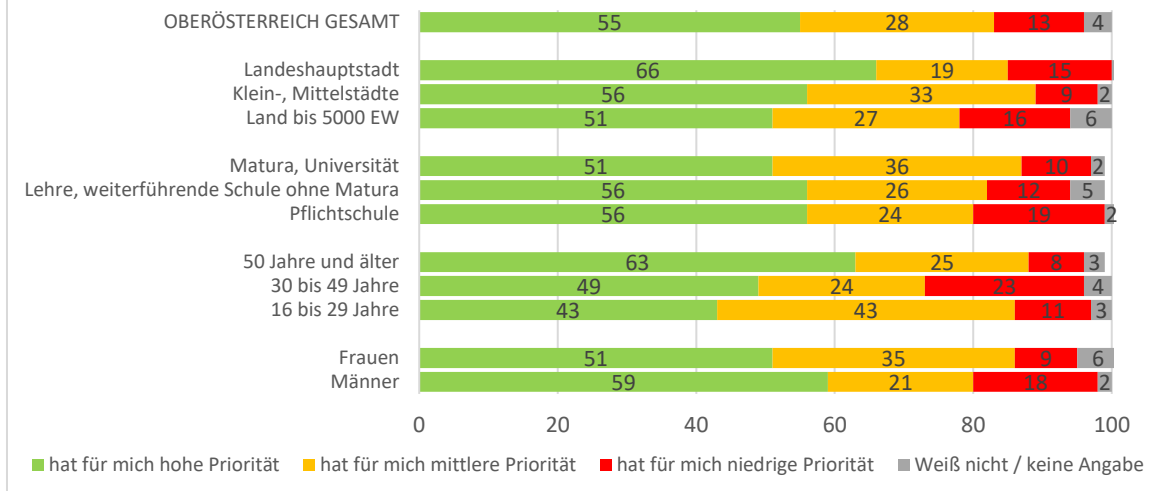
Dieses Thema ist vor allem Befragten in der Landeshauptstadt Linz (66 Prozent) ein Anliegen, in kleineren Städten und Gemeinden ihm zu 56 Prozent hohe Dringlichkeit zugemessen, in ländlichen Gemeinden zu 51 Prozent.

Auch die über 50-Jährigen (63 Prozent) sehen es als dringlich an, während dem 30 bis 49-Jährige nur zu 49 Prozent und die jüngsten Befragten zu 43 Prozent zustimmen. Die mittlere Altersgruppe ist jene, die am häufigsten – zu 23 Prozent – angibt, dass das Thema für sie eine „niedrige Priorität“ hat.

Männer möchten zu 59 Prozent, dass die EU sich rasch um eine einheitliche Migrations- und Asylpolitik bemüht, für 18 Prozent ist dies jedoch kein vordringliches Thema. Bei Frauen wünschen sich 51 Prozent eine prioritäre Behandlung, 9 Prozent ist dies nicht wichtig.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINE EINHEITLICHE EU-MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK



Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

42 Prozent der oberösterreichischen Befragten ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein Punkt, dem sich die Europäische Union in Zukunft vorrangig annehmen sollte. Für ebenso viele, 43 Prozent, hat dieser Bereich eine „mittlere“ Priorität. 7 Prozent erkennen darin keine Dringlichkeit, 8 Prozent nehmen dazu nicht Stellung.

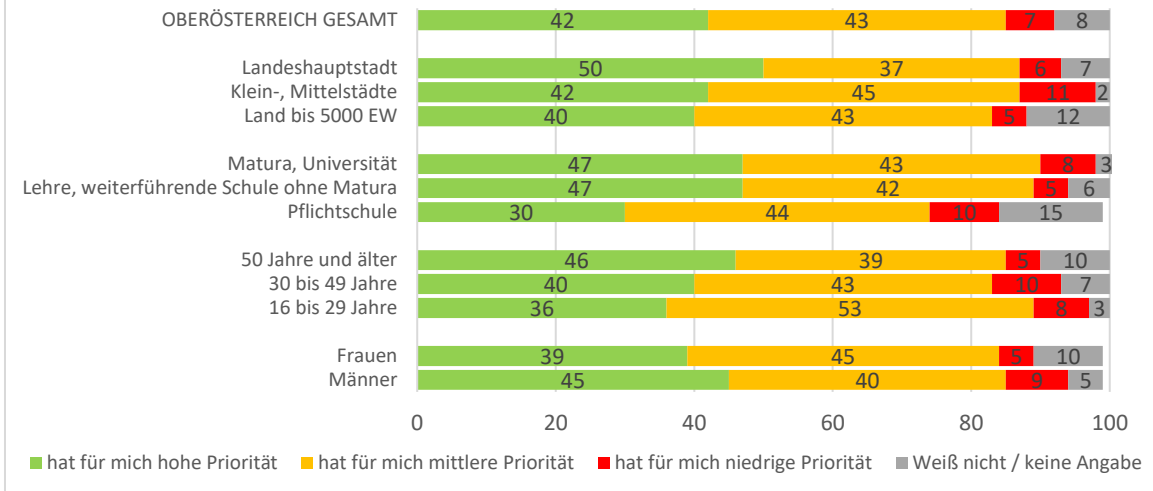
Am stärksten wird ein Mehr an Demokratie in der EU von Linzerinnen und Linzern eingefordert – die Hälfte der Befragten sieht darin eine „hohe“ Priorität. Ebenso sind Befragte mit Matura/Universitätsausbildung sowie abgeschlossener Lehre von der Dringlichkeit des Themas überzeugt (je 47 Prozent). Auch Befragte ab 50 (46 Prozent) und Männer (45 Prozent) äußern sich vergleichsweise häufig in diesem Sinne.

Dass eine Stärkung der Demokratie in der EU ein Thema ist, dem sich die Union an erster Stelle widmen soll, wird hingegen nur von 30 Prozent der Befragten mit Pflichtschulabschluss ohne weiterer Ausbildung befürwortet.

In keiner Befragungsgruppe ist mehr als ein Zehntel der Meinung, dass mehr Demokratie in der EU „niedrige Priorität“ einnehmen sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE AUF EU-EBENE



Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

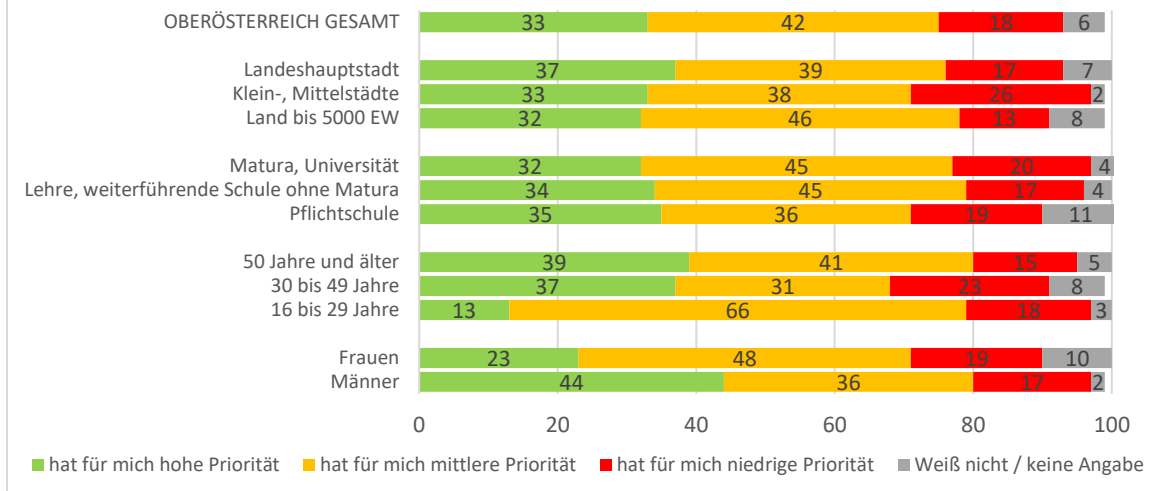
Für 33 Prozent der Befragten in Oberösterreich wäre es sehr dringlich, „**die Rolle der Regionen in der EU zu stärken**“. 42 Prozent meinen, dass dieses Thema für sie „mittlere Priorität“ hat, für 18 Prozent steht es nicht an vorderster Stelle jener Bereiche, welche die Union unmittelbar angehen soll. 6 Prozent können oder wollen diesen Punkt nicht beantworten.

Es sind überdurchschnittlich häufig Männer (44 Prozent), die sich für eine rasche Stärkung der Regionen in der Europäischen Union aussprechen. In der Gruppe der 16 bis 29-Jährigen sind dagegen nur 13 Prozent der Ansicht, dass dies für die EU an oberster Stelle ihrer To-Do-Liste stehen sollte.

Befragte in kleinen und mittelgroßen Städten (26 Prozent) sowie die Altersgruppe zwischen 30 und 49 Jahre (23 Prozent) meinen am ehesten, dass die EU diesen Bereich an untergeordnete Stelle reihen sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN



Stärkung der globalen Rolle der EU

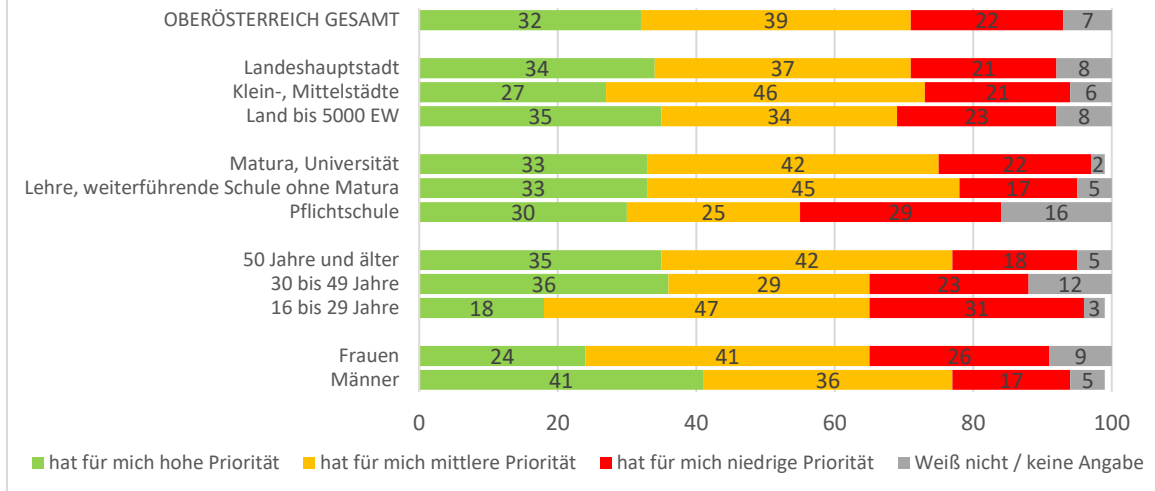
Die „**Stärkung der globalen Rolle der EU**“ wird von den OberösterreicherInnen am Ende der EU-Prioritätenskala gesehen. Für 32 Prozent hat dieser Bereich „hohe Priorität“, für 39 Prozent „mittlere“. 22 Prozent sagen jedoch, dass eine stärkere EU auf der Weltbühne ein Thema ist, das sich für die EU eher nachrangig stellt. 7 Prozent nehmen dazu nicht Stellung.

Wiederum sind es Männer (41 Prozent), die sich überdurchschnittlich oft ein stärkeres Auftreten der EU auf der Weltbühne wünschen. Frauen reihen diesen Punkt dagegen nur zu 24 Prozent an die erste Stelle ihrer Prioritäten, auch die Jüngsten im Alter zwischen 16 und 29 Jahren sehen darin keinen besonderen Schwerpunkt für die Union (18 Prozent).

16 bis 29-Jährige (31 Prozent), Befragte mit Pflichtschulabschluss (29 Prozent) und Frauen (26 Prozent), sind jene Gruppen, die eine Stärkung des globalen Standings der EU am seltensten für dringlich erachten.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE GLOBALE ROLLE DER EU STÄRKEN



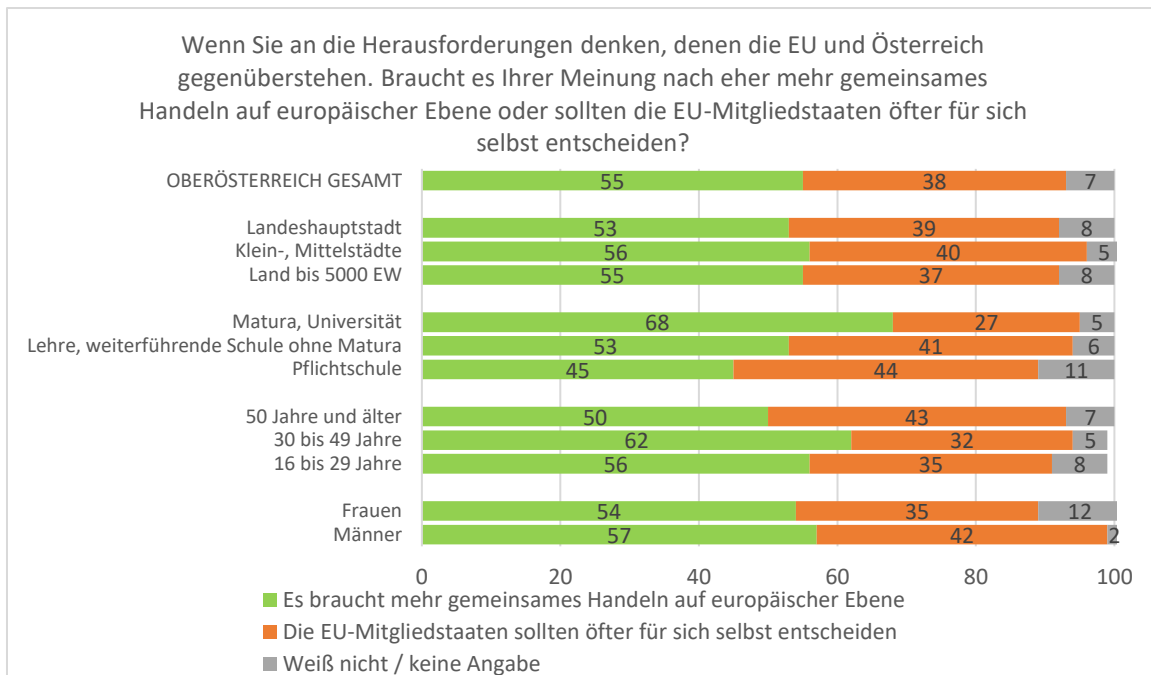
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

55 Prozent der Oberösterreicherinnen und Österreicher sind der Überzeugung, dass es „**mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene**“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 38 Prozent vertreten die Ansicht, dass in Zukunft die „**EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden**“ sollten. 7 Prozent können diese Frage nicht beurteilen.

Für ein Mehr an europäischen Entscheidungen treten vor allem Befragte mit Matura/Universitätsausbildung (68 Prozent) ein. Auch die 30 bis 49-Jährigen sind zu 62 Prozent dieser Meinung.

Die stärksten BefürworterInnen für häufigere Entscheidungen auf Ebene der Mitgliedstaaten finden sich bei PflichtschulabsolventInnen (44 Prozent), den über 50-Jährigen (43 Prozent) und Männern (42 Prozent).

Der Wohnort der Befragten hat keinen Einfluss auf das Antwortverhalten.



Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 19 Prozent geben in dieser Frage die **nationale Ebene** an (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 11 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). 16 Prozent können sich zu dieser Frage keine Meinung bilden.

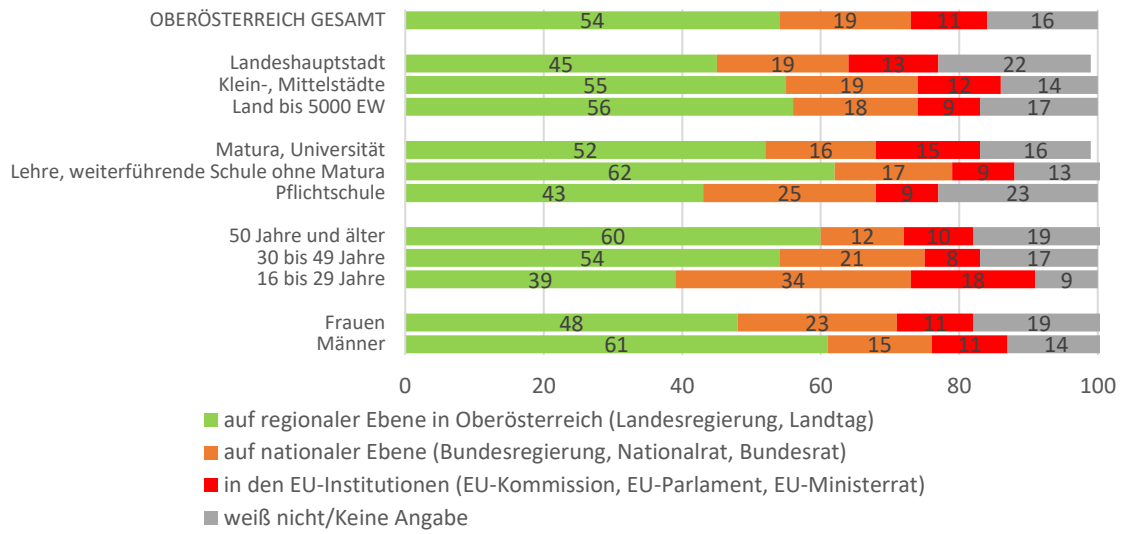
Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** bei Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura (62 Prozent), Männern (61 Prozent) und den Befragten ab 50 Jahre (60 Prozent).

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei den Personen zwischen 16 und 29 Jahren (34 Prozent).

Die jüngsten Befragten sind auch jene, die noch am häufigsten (zu 18 Prozent) angeben, bei Entscheidungen, die das persönliche Leben betreffen, am meisten auf die **EU-Institutionen** vertrauen.

Vielen Befragten fiel es schwer, sich in dieser Frage zu entscheiden: 23 Prozent der PflichtschulabsolventInnen und 22 Prozent der Linzerinnen und Linzer können zu keiner Entscheidung kommen. Aber auch in den anderen Befragungsgruppen ist sich eine recht hohe Anzahl in diesem Punkt unsicher.

Bei politischen Entscheidungen, die meine Zukunft betreffen, habe ich das größte Vertrauen in die Entscheidungsträger/innen...



Pressespiegel

EU-Zukunftsdebatte: Für zwei Drittel der Oberösterreicher ist Klimaschutz ein Top-Thema (APA-OTS, 7. September 2021)

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210907_OTS0046/eu-zukunftsdebatte-fuer-zwei-drittel-der-oberoesterreicher-ist-klimaschutz-ein-top-thema-bild

Oberösterreich gestaltet die Zukunft Europas aktiv mit (Land Oberösterreich, 7. September 2021)

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/265010.htm>

Europa ist die Apotheke des Erdballs (Oberösterreichische Nachrichten, 7. September 2021)

<https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/europa-ist-die-apotheke-des-erdballs;art385,3454825>

Oberösterreich gestaltet die Zukunft Europas aktiv mit (Regionews, 8. September 2021)

https://www.regionews.at/newsdetail/Oberoesterreich_gestaltet_die_Zukunft_Europas_aktiv_mit-397101

„Der Euro ist dem Teenageralter entwachsen ...“ - eine EU-Bestandsaufnahme in Zeiten der Pandemie und globaler Krisen (Dorf TV, 9. September 2021)

<https://dorftv.at/video/36186>

Klimaschutz ist Top-Thema für Oberösterreicher (Bezirksrundschau, 13. September 2021)

https://www.meinbezirk.at/oberoesterreich/c-politik/klimaschutz-ist-top-thema-fuer-oberoesterreicher_a4878634

Radelnde EU-Botschafter im Strudengau unterwegs (TIPS, 15. September 2021)

Unsere Heimat heißt Europa (Oberösterreichische Nachrichten, 1. Oktober 2021)

Gastkommentar Paul Schmidt

<https://www.nachrichten.at/meinung/kolumnen/die-sicht-der-anderen/unsere-heimat-heisst-europa;art200719,3467657,G>

Bilder der EU-Zukunftstour in Oberösterreich



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Resümee

Begleitend zu ihrer Tour durch alle Bundesländer haben die Europäische Kommission und die ÖGfE die EU-Stimmung in Oberösterreich empirisch erhoben. Dabei zeigt sich, dass den Bürgerinnen und Bürgern vor allem der Klima- und Umweltschutz ein Anliegen auf europäischer Ebene ist und sie sich in der Debatte, wie es mit Europa weitergehen soll, einbringen wollen. Drei Viertel der befragten Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zeigen sich in der – vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten – Umfrage „sehr“ (21 Prozent) bzw. „eher“ (54 Prozent) an Vorgängen und Ereignissen in der europäischen Politik interessiert. Ein Viertel der Befragten (26 Prozent) möchte sich jedenfalls in die mit 9. Mai gestartete Diskussion zur Zukunft Europas einbringen. Etwa die Hälfte (51 Prozent) der Befragten kann sich das zumindest vorstellen, vorausgesetzt, die Debatte führt zu konkreten Ergebnissen.

Etwa vier von zehn Befragten in Oberösterreich (42 Prozent) bemerken durch die österreichische EU-Mitgliedschaft in erster Linie Positives, ein knappes Viertel (23 Prozent) ist gegenteiliger Ansicht. Rund ein Drittel (34 Prozent) ist der Meinung, dass es für das Bundesland keinen Unterschied macht, ob Österreich EU-Mitglied ist oder nicht. 55 Prozent finden, dass es in Zukunft mehr gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene geben sollte. 38 Prozent plädieren dafür, dass die Nationalstaaten öfter für sich selbst entscheiden.

„Europa startet mit einer Vielzahl an Herausforderungen in den politischen Herbst: die Corona-Pandemie ist noch lange nicht überwunden, die Situation in Afghanistan verleiht der Diskussion über eine gemeinsame Außen-, Asyl- und Migrationspolitik der EU neue Bedeutung – diese muss nun endlich zielbewusster angegangen werden. Aber aus Sicht der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ist jedenfalls der Klima- und Umweltschutz das dringlichste Thema“, betont Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Gefragt, welchen Themen sich die EU verstärkt annehmen sollte, nennen fast zwei Drittel (65 Prozent) der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher den Klima- und Umweltschutz. Knapp sechs von zehn Befragten (59 Prozent) ist die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich sowie die Eindämmung der Corona-Pandemie ein besonderes Anliegen – dicht gefolgt von einer einheitlichen EU-Asyl- und Migrationspolitik.

Ergebnis unterstreicht Bedeutung der Zusammenarbeit

Wenn es um Entscheidungen geht, die das eigene Leben betreffen, hat eine Mehrheit der Befragten (54 Prozent) das größte Vertrauen in die regionale Ebene, 19 Prozent vertrauen am ehesten dem Bund, 11 Prozent den EU-Institutionen. „Die Menschen vertrauen jenen Entscheidungsträgern am meisten, die in ihrer Nähe und daher für sie greifbar sind. Das ist bisher in allen österreichischen Bundesländern zu beobachten“, sagt Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. „Entscheidungen, die in Linz gefallen sind, haben für die Menschen in Oberösterreich einen anderen Stellenwert als Entscheidungen aus Wien oder Brüssel.“ Daher sei die enge Zusammenarbeit zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene auch so wichtig, ergänzt Selmayr. „Gerade beim Klimaschutz müssen wir alle an einem Strang ziehen, um unsere ehrgeizigen Ziele zu erreichen und bis spätestens 2050 klimaneutral zu werden. Für die Bevölkerung zählt nicht, wer auf welcher Ebene wofür verantwortlich ist. Was zählt, ist das Ergebnis.“

Im Rahmen der Zukunftstour weihten Selmayr und Schmidt auch gemeinsam mit Landeshauptmann Thomas Stelzer und Landesrat Markus Achleitner das neue Europe-Direct-Zentrum in Oberösterreich ein, das den Menschen vor Ort die EU näherbringen soll.

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt
Generalsekretär
paul.schmidt@oegfe.at

Mag. Stefan Schaller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
stefan.schaller@oegfe.at

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: europa@oegfe.at | Web: www.oegfe.at